

Haushaltsrede der FDP im Gemeinderat zum Haushaltsplan 2018/2019

**Zukunft gestalten –
Spielraum für nachfolgende Generationen erhalten**



**Dr. Birgit Reinemund
Stadträtin**

www.fdp-mannheim.de

**Freie
Demokraten**

FDP

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren
Bürgermeister,

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

OB Kurz hat in seiner HH-Rede ein sehr positives Bild der letzten Jahre gezeichnet, das die FDP im Gemeinderat – es wird sie vielleicht überraschen – teilt, zumindest in Bezug auf die umfangreichen Investitionen in die Stadtentwicklung wie Glücksteinquartier, Plankensanierung, Stadtbahn Nord, neue Hauptfeuerwache, um nur einige zu nennen. 2/3 der Schulen sind mittlerweile grundsaniert, die Konversionsflächen Turley, Taylor, Franklin entwickeln sich gut, die Sanierung einiger Stadtteilzentren nimmt Gestalt an. Wir teilen auch seinen Blick auf die aktuell überraschend gute Haushaltslage. Schon lange hatte die Stadt nicht mehr eine solche Finanzkraft. Noch nie konnte die Stadt im Schnitt 100 Mio. Euro pro Jahr investieren, ohne in die Neuverschuldung zu gehen.

505 Mio. Euro Investitionsvolumen enthält dieser HH-Entwurf für die nächsten 4 Jahre – ich befürchte, der Gemeinderat wird das die nächsten 3 Tage noch versuchen zu toppen. Und dennoch bleibt die weitere Wunschliste lang. Spannend bleibt, ob diese Summen überhaupt verbaut werden können. Die HH-Übertragungen der Vergangenheit auf die Folgejahre sprechen Bände.... Weitere 1,1 Mrd. an Investitionen stemmen die städtischen Tochtergesellschaften – außerhalb des direkten Einflusses / Kontrolle des Gemeinderats.

Eine durchaus **positive Momentaufnahme**, ja. Doch ist dies das Ergebnis soliden Wirtschaftens? Wohl kaum. Wir profitieren zum einen von einer seit 5 Jahren brummenden Konjunktur. Wir sollten unseren Unternehmen in Deutschland und in der Region danken für Ihre Innovationskraft und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Bemerkenswert, dass das Thema Wirtschaftsstandort Mannheim in der Rede des OB wieder mal kaum Platz fand.

Und wir profitieren zweitens von der Nullzinspolitik der EZB. Noch nie haben wir weniger Zinsen bezahlt als heute, trotz steigender Schulden im Kernhaushalt.

Beide Effekte werden nicht dauerhaft so bleiben, sind jedoch weiter als gegeben im Haushaltsplan für die nächsten Jahre eingeplant. Sollte das Wirtschaftswachstum geringer ausfallen oder die Zinsen steigen, ist **keinerlei Risikovorsorge** getroffen.

Beide Effekte haben die **strukturellen Probleme** unseres städtischen Haushalts bisher erfolgreich übertüncht: nach wie vor steigen die Sozialkosten und die Personalkosten, nach wie vor gibt es unterbliebene Investitionen, sprich Sanierungsstau in dreistelliger Millionenhöhe, nach wie vor steigen die konsumtiven Kosten (Mieten, Betriebskosten, Zuschüsse), meist als dauerhafte, kaum noch einzudämmende Verpflichtungen.

Die **Erträge** im städtischen HH sind seit 2012 um erfreuliche 15,7% gestiegen, die Gewerbesteuereinnahmen haben sich in den letzten 10 Jahren rundweg verdoppelt dank der guten Konjunktur, aber auch aufgrund der Steuererhöhung für Unternehmen bei der **Gewerbesteuer** auf den höchsten Satz in Baden-Württemberg und für Hausbesitzer und Mieter durch die Erhöhung der **Grundsteuer**. Beides wäre bei Licht betrachtet nicht nötig gewesen. Ob das jemals wieder nach unten korrigiert wird? Die FDP wäre dabei.

Auch die kommunalen Anteile an der **Einkommensteuer** und an der **Umsatzsteuer** sind konjunkturbedingt gestiegen, allerdings - und hier danke ich unserem Kämmerer BM Specht für seine deutlichen, mahnenden Worte – in Mannheim weit geringer als im Landesdurchschnitt. Mannheim verzeichnet einen unterdurchschnittlichen Zuwachs an Einwohnern und in Mannheim leben insgesamt weniger sozialversicherungspflichtige Einwohner und diese haben ein im Schnitt geringeres Einkommen, was sich direkt auf die Zuweisungen auswirkt. Diese Tendenz verschärft sich weiter, wenn nicht schleunigst umgesteuert wird.

Dazu gehört auch, mehr attraktiven und gehobenen **Wohnraum** für Berufstätige höherer Einkommensgruppen zu Verfügung zu stellen, was ja von der linken Seite des Hauses regelrecht verpönt scheint. Bei der Offizierssiedlung z.B. wurde eine solche Chance erneut verpasst bzw. aus ideologischen Gründen bewusst verhindert, die Diskussion um die Randbebauung Grünzug Nordost spricht Bände.

Um nicht missverstanden zu werden: natürlich brauchen wir auch zusätzlichen Wohnraum im unteren Preissegment. Würden wir unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft nicht ständig mit sachfremden Projekten belasten (Bau eines techn. Rathauses, der Strandbadgaststätte, Umbau des Ochsenpferchbunkers zum Stadtarchiv usw.), könnte die **GBG** ihrer ureigenen Aufgabe des sozial verträglichen Wohnungsbaus besser gerecht werden.

Trotz stetig **steigender Steuereinnahmen** und dem bereits im Entwurf enthaltenen Sparpaket von 22 Mio. Euro in 2018, 30 Mio. Euro in 2019 und 40 Mio. pro Jahr ab 2020 werden die **Investitionen** - aktuell 110 Mio. – ab 2021 nur noch in Höhe von ca. 87 Mio. möglich sein. Erschreckend ist, dass die heute so außergewöhnlich gute **Liquidität** von 132 Mio. bis 2021 wieder abgeschmolzen ist bis auf die gesetzliche Mindestreserve von ca. 23. Mio. Euro. Zu Recht mahnt dies das Rechnungsprüfungsamt massiv an. Wo bleibt der verantwortungsbewusste Blick über den 4-Jahres-Plan hinaus?! Welchen Gestaltungsspielraum hinterlassen wir gar der nächsten Generation?

Die **Schulden** im Kämmereihaushalt steigen kontinuierlich weiter an. Mannheim hat mit rund 1.800 Euro nach wie vor die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Baden-Württemberg. Und das obwohl alle großen Investitionen mittlerweile nicht mehr aus dem städtischen Haushalt finanziert werden, sondern in Schattenhaushalte der städtischen Töchter verlagert werden, sei es Schulstandhaltung, jetzt auch schon Schulbau, die gesamte Konversion, bald wohl auch der Bau der Stadtbibliothek usw.

Auf all diese Bereiche hat der Gemeinderat als Entscheidungsgremium mittlerweile keinen direkten Einfluss mehr. Nach der Entscheidung in engen Zirkeln darf das demokratisch legitimierte Gremium Gemeinderat nur noch die Bürgschaften abnicken. Die Baukosten tauchen zwar im städtischen Haushalt nicht mehr auf, dafür steigen die Kosten für Mieten und Betriebskosten stetig und sind über Jahrzehnte kaum mehr beeinflussbar. Rechnungsprüfungsamt und Gemeindeprüfungsanstalt haben auch dies stark kritisiert – zu Recht!

Und die Mehrheit des Gemeinderats stimmt leider immer wieder der Gründung von Tochtergesellschaften und der Verlagerung von Projekten in Schattenhaushalte zu und beschneidet sich so fortlaufend selbst seiner demokratischen Rechte und Kontrollmöglichkeiten. Wie passt dies zum strategischen Ziel der Stadt „**Demokratie stärken**“? Die FDP lehnt diese Finanzierungsmodelle und Nebenhaushalte ab und fordert mehr Transparenz über die Verwendung der Steuergelder. Der Bürger hat ein Recht darauf.

Fazit:

1. Die derzeitige positive Haushaltslage ist leider nur eine Momentaufnahme aufgrund von Einmaleffekten, guter Konjunktur und Nullzinspolitik.
2. Die Verschuldung im Kernhaushalt steigt kontinuierlich, die Pro-Kopf-Verschuldung bleibt auf Rekordhöhe in BaWü.
3. Die geplanten Investitionen weisen trotz bereits eingerechnetem Einsparvolumen von 22 - 42 Mio. Euro im Planungszeitraum und der Annahme ständig steigender Steuereinnahmen eine Deckungslücke von 12 Mio. in 2018 und 16 Mio. in 2019 auf, d.h.
4. Die strukturelle Haushaltskonsolidierung ist vom Einsparvolumen her nicht verhandelbar, im Gegenteil: sie reicht aus heutiger Sicht schon nicht aus.

5. 2021 ist die Liquidität von heute 131 Mio. abgeschmolzen auf die gesetzliche Mindestreserve von 23 Mio. Euro. Der Blick über die 4 Jahres-Planung hinaus ist erschreckend.
6. Die Ausgaben im konsumtiven Bereich, im Sozialbereich und im Personalbereich steigen weiter. Jede Entlastung durch den Bund und jede Verwaltungsreform zur Effizienzsteigerung verpufft.
7. Einige bereits absehbare Großinvestitionen sind im HH nicht zu finden, z.B. die Sanierung des Nationaltheaters mit 185 Mio., die Multihalle mit 12 Mio. Minimum, das Herschelbad mit ca. 40 Mio., die neue Stadtbibliothek in ähnlicher Größenordnung.
8. Es gibt keinen Puffer für Haushaltsrisiken wie Zinssteigerungen, Konjunkturabschwächung oder weitere Deckungslücken beim Sorgenkind Klinikum über die jetzigen 78 Mio. Euro hinaus.
9. „Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert, nicht in schlechten“, heißt es. Gute Zeiten haben wir, aber haben wir sie auch genutzt? Zur Reduzierung des Sanierungsstaus JA, zur Haushaltskonsolidierung, Schuldenabbau oder Risikovorsorge NEIN!
10. Es gibt keinen Spielraum für ein weiteres Wunschkonzert in den HH-Beratungen. Zu erwartende Mehreinnahmen sind bereits mehrfach verfrühstückt: als Kofinanzierung für Schulbauförderung – damit können wir gut leben -, zur Deckung der Liquiditätsprobleme des Klinikums plus der Deckungslücken im Haushaltsentwurf
11. Ergo: weitere Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben sind dringend nötig, nice-to-have-Investitionen wie Aussichtsplattformen, Seilbahnen nur für einen BuGa-Event und ähnliches sollten, nein müssen wir uns sparen.

Unsere Maxime:

1. **Solide wirtschaften** in der Balance von „investieren in die Zukunft“ und „Verschuldung reduzieren“

Das Einsparvolumen des **Haushaltsstrukturprogramms** ist notwendig. Wir tragen die Grundsatzentscheidung mit und unterstützen die Ansätze der

Effizienzsteigerung durch Digitalisierung. Mit Bestürzung haben wir aus dem

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes erfahren, dass noch immer aufgrund fehlender Software, Mietabrechnungen der Stadt manuell erstellt werden und die Fehlerquote entsprechend hoch ist.

Synergien zu heben und Effizienz innerhalb der Verwaltung zu steigern ist eine Daueraufgabe. Die ständigen Umstrukturierungen verursachen allerdings einen hohen Aufwand für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Unruhe in den Prozessen, die hoffentlich zumindest langfristig zu Verbesserungen führen. Denn Veränderung ist kein Wert an sich!

Das Priorisierungssystem der SHM² ist ein grundsätzlich guter Ansatz. Die alleinige Ausrichtung an den strategischen Zielen der Stadt führt allerdings zu seltsamen Verwerfungen: zum Beispiel erhielt der ruhende Verkehr mit 4,5 Punkten eine weit höhere Priorität als der Bereich Soziale (2 Punkte). Auch die 1%-Kürzung für Zuschüsse an Dritte ist so nicht plausibel. Für die einen ist das ein verkraftbares Übel, für die anderen existenzbedrohend und in manchen Bereichen einfach nicht praktikabel. Wir fordern Einzelfallbetrachtung der Produkte statt Rasenmäherprinzip.

Wollen wir den Anstieg der Personalkosten bremsen, kann Effizienzsteigerung nicht bedeuten, wachsende Aufgaben mit immer weniger Personal zu erledigen. Wir müssen endlich eine **ernsthafte Aufgabenkritik** durchführen: „Welche Aufgabe muss die Stadt erledigen und in welcher Qualität“. Ertränken wir die guten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in Konzepterstellungen für Projekte, die absehbar nicht gewollt oder finanzierbar sind, übertragen wir nicht ständig neue „nice to have“- Aufgaben, sondern fokussieren wir uns auf die Kernaufgaben. Nicht jede Resolution der Welt muss mit eigenen Beauftragten, Projekten und Broschüren der Stadt hinterlegt werden.

Im Gegensatz zu unseren Kollegen der Grünen halten wir Businesspläne nicht für unverbindliches Beiwerk zu Planungen, sondern erwarten mehr **Transparenz für**

den Gemeinderat durch Einsicht in aussagekräftige Wirtschaftspläne – gerade auch bei den in die Tochtergesellschaften verschobenen Großinvestitionen. Wie sonst kann das Risiko von Millionenbürgschaften seriös beurteilt werden.

Wir begrüßen die klare Aussage des OB in seiner Rede, ohne Neuverschuldung auskommen zu wollen. Alles andere wäre verantwortungslos gegenüber kommenden Generationen und gegen das in unserer Hauptsatzung **verankerte Neuverschuldungsverbot**.

Schuldenabbau ist Risikovorsorge – besonders spürbar, wenn Zinsen wieder steigen - und erhält den Gestaltungsspielraum der Stadt auch über die zu KURZ gesprungene 4-Jahres-Sicht hinaus. Dazu gehört der Kernhaushalt der Stadt genauso wie die Gesamtbetrachtung des Konzerns Stadt Mannheim mit all ihren Finanzrisiken in den städtischen Gesellschaften (Klinikum, m:con, MWSP).

In die Zukunft investieren, heißt für uns vor allem:

2. Beste Bildung von der KiTa bis zum lebenslangen Lernen

Rund 2/3 der Schulen sind generalsaniert, eine enorme Anstrengung der letzten Jahre, d.h. jedoch auch 1/3 der Schulen haben noch starke Defizite, es stehen noch Schulneubauten an z.B. im neuen Stadtteil Franklin oder im Konzept der Geschwister-Scholl-Schulen.

Barrierefreier Zugang zu allen Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen (und zu allen öffentlichen Gebäuden natürlich) ist ein Grundrecht. Unverständlich dass auch in diesem Haushalt wieder keine Mittel für den Fußweg zur Eugen-Neter-Schule vorgesehen ist. Wir werben bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, dies zu korrigieren.

Beste Lernbedingungen haben für uns Liberale oberste Priorität. Dabei legen wir - neben dem Neubau und der Sanierung der Gebäude - größten Wert auf eine moderne **technische Ausstattung von Schulen und Berufsschulen in Zeiten der Digitalisierung**. Unsere Kinder sind auf dem Schulhof längst digital, im Unterricht oft noch in der Kreidezeit.

Hier stand bis vor kurzem: „Wir unterstützen daher den Vorschlag der SPD ausdrücklich, 1/3 der Steuermehreinnahmen in Bildung zu investieren.“

Die Ereignisse der letzten Wochen haben diese Zusage leider schon wieder überholt. Wir wissen jetzt: Um die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz abrufen zu können, **MÜSSEN** wir weitere 32 Mio. Euro in den nächsten 4 Jahren als Kofinanzierung einplanen. Damit ist mehr als die Hälfte der erwarteten Mehreinnahmen bereits gebunden.

Zudem erfordert die **frühkindliche Bildung** weitere Mittel für die Ausstattung und für Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, aber auch für erweiterte Zeiten der Regelbetreuung und flexiblere Öffnungszeiten. Damit auch Kinder mit berufstätigen Eltern stressfrei beste Förderung erfahren. Das ist uns Liberalen wichtiger als ein kostenfreies KiTa-Angebot in zu knappen Zeitfenstern.

Wenn wir weiterhin ohne große Diskussion steigende Betriebskosten in Millionenhöhe für Kunsthalle, Nationaltheater, Städtische Galerie usw. als gegeben hinnehmen und gleichzeitig Betriebskosten für Pflege und Ausstattung von **Spielplätzen** streichen, stimmen für uns Liberale die Prioritäten in dieser Stadt nicht mehr! Wir beantragen daher 200.000 Euro pro Jahr zusätzlich.

Genauso wenig halten wir pauschale Kürzungen bei Jugendhäusern, bei Integration und Inklusion für gerechtfertigt - gerade bei den aktuellen Herausforderungen

bestehender sozialer Brennpunkte und neuer Herausforderung durch Zuwanderung und Flüchtlinge.

Wir werden auch künftig eher mehr als weniger Personal für die Kinderbetreuung, für die Jugend- und für die Sozialarbeit brauchen. Wer hier spart, spart an den Lebenschancen unserer Kinder und muss die Folgekosten tragen.

Auch Sparprogramme bei der Erwachsenenbildung, bei Stadtteilbibliotheken und Seniorentreffs tragen wir nicht mit.

Der **Neubau der Stadtbibliothek** ist notwendig, um den Anforderungen an ein modernes Bildungsangebot auch künftig gerecht zu werden – für Kinder und Jugendliche ebenso wie als Bestandteil der Erwachsenenbildung. Wir Liberale setzen uns klar für den Neubau im Zentrum unserer Stadt, in N2, ein. Es sind im Haushalt keinerlei Mittel eingestellt, da - wieder einmal - eine städtische Tochter einspringen soll bei der Finanzierung, diesmal die Parkhausbetriebe. Wir lehnen das Verschieben in einen Nebenhaushalt ab und fordern das Einstellen von Planungsmitteln.

Die FDP ist gerne bereit, im Gegenzug **auf nice-to-have-Projekte zu verzichten**, z.B. auf einen Radschnellweg, eine hässliche Beton-Aussichtplattform und einen ökologisch zweifelhafter Kunstsee im Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au oder auf den Umbau der U-Halle und den damit verbundenen künftigen Betriebskosten oder auf die 12 Millionen für die Sanierung der Multihalle plus Folgekosten.

Gut, dass der OB jetzt unter ewig langen Erklärungen endlich die letzten Kostenstellen für das Prestigeprojekt **Kulturhauptstadt** gestrichen hat. Wir forderten das bereits im letzten Haushalt.

Wenn er jetzt noch auf den Bau eines **zentralen Grünhofs** auf Spinelli verzichtet und im Gegenzug am Rande des Grünzugs auf Feudenheimer Seite **weiteres Bauland** für hochwertigen Wohnungsbau ausweist, könnten wir Mehreinnahmen für die Stadtkasse in Millionenhöhe erzeugen, um Löcher zu stopfen.

Sparen bzw. hinterfragen können wir auch die ein oder andere der 16 neu entstanden und gut bezahlte **Stabsstellen in der Verwaltung** (A13 bis B3) oder einige der zahlreichen Beauftragten z.B. für Chinakontakte oder für Tierschutzunterrichtung. Vom Sinn oder Unsinn der Overhead-Kosten des 5. Dezernats will ich dieses Jahr nicht sprechen – ein Mehrwert ist nach wie vor nicht zu erkennen!

3. Erhalt und Modernisierung der Infrastruktur

Für die FDP ist der Erhalt und Pflege von Bestehendem wichtiger als jedes Jahr ein neues Großprojekt. Wir stellen daher die Frage: Brauchen wir für jede Branche ein weiteres Gründerzentrum? Ginge es bei einigen Projekten auch eine Nummer kleiner? Müssen z.B. die baulichen Standards und die damit verbundenen Kosten eines technischen Rathauses wirklich weit über dem unserer Schulen liegen? Wir finden: Nein.

Trotz aller Anstrengungen der letzten Jahre ist der **Sanierungsstau bei Straßen, Brücken, Radwegen, Stadtparks und öffentlichen Gebäuden** weiterhin enorm im hohen dreistelligen Millionenbereich – alleine für die Straßen in Höhe von 300 - 400 Mio. Euro und das nicht nur in der Innenstadt, sondern gerade auch in den Stadtteilen, wo der Straßenzustand stellenweise erbärmlich ist.

Die Priorisierung der Sanierung muss nachjustiert werden. Für die Grunderneuerung der schlechtesten Straßen der Zustandsklassen 4 - 6 sind gerade mal 8 Mio. Euro eingestellt, für allgemeine Straßensanierung nochmals 4 Mio. Es wird also noch Jahrzehnte dauern bis auch nur die schlechtesten Straßen erneuert sind – unzumutbar! Auch die 13,5 Mio. Euro für die Brückensanierungen werden nur für Flickwerk reichen. Wir müssen daher wesentlich mehr Geld in die Instandsetzung investieren. Die FDP ist bereit dazu.

Lobenswert dass nach massivem öffentlichem Druck jetzt auch die **Stadtparks** absehbar saniert werden, wenn auch nicht in dem Maße wie nötig.

Als ökologisch und ökonomisch sinnvolle Modernisierung begrüßen wir den Austausch der **Straßenbeleuchtung** durch LED-Technik, eine Investition, die sich in Kürze rechnet und mit 4 Mio. pro Jahr im Haushalt gut zu verkraften ist.

Kein Thema für diesen Doppelhaushalt, jedoch für die langfristige **Entlastung der Innenstadt von Durchgangsverkehr und LKWs** und damit von Lärm, Feinstaub und Stickoxiden ist die von uns seit rund 15 Jahren immer wieder geforderte **Westtangente** als Lückenschluss der Stadtumfahrung hin zur Südtangente. So könnten wir die Lebensqualität im Jungbusch und in der gesamten Innenstadt deutlich steigern, mehr als durch alle begrünten Verkehrsinseln, Fassadenbegrünungen und Tempo-30-Zonen zusammen. Wir fordern, jetzt endlich in eine seriöse Machbarkeitsstudie einzusteigen und entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen.

4. Wissenschaft, Forschung, Innovation fördern

Hochschule, Universität, Duale Hochschule und die vielfältigen privaten Hochschulen in Mannheim bringen hervorragend ausgebildete junge Menschen sowie international

anerkannte Wissenschaftler hervor, neben Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur ein wesentlicher Standortfaktor für unsere Unternehmen.

Die zahlreichen Ausgründungen zeugen von der Innovationsstärke in zukunftssträchtigen Bereichen. Wir werden weiterhin vor allem die **Clusterbildung** in der Medizintechnik, in der Technologie sowie in der Kreativwirtschaft unterstützen und entsprechende Mittel mittragen.

5. **Innenstadt attraktivieren und Einzelhandel**

Der **Umbau der Planken** nimmt Formen an, die Stadt nimmt hier rund 20 Mio. in die Hand, um den Handelsstandort Mannheim zu stärken durch attraktivere Erlebnisflächen mit besserer Aufenthaltsqualität. Damit sich unser stationärer Handel in Mannheim weiterhin erfolgreich gegenüber dem Online-Handel behaupten kann.

Die schöne Fußgängerzone macht nur Sinn, wenn diese gut erreichbar ist. Wir erteilen allen Plänen zur weiteren Verschlechterung der Erreichbarkeit der Innenstadt eine klare Absage. Mehr Parkraum am Stadtrand (Park & Ride) und in der Innenstadt ist sinnvoller als mehr Politessen.

6. **Lebendige Stadtteile**

Doch vernachlässigen wir nicht den Erhalt attraktiver und lebendiger **Stadtteilzentren** in unseren alten, gewachsenen Stadtteilen: diese bieten Einkaufserlebnis, tägliche Daseinsvorsorge und Kommunikationszentren für die lokale Gemeinschaft. Gerade in den älteren Stadtteilen und Vororten ist der marode Straßenzustand deutlich zu spüren – im wahrsten Sinne des Wortes, sei es in Feudenheim, auf der Schönau, in Neckarau – wo eigentlich nicht?

Effizienzsteigerung durch Digitalisierung begrüßen wir gerade auch bei den **Bürgerdiensten**. Die Öffnungszeiten zu verknappten als Einsparidee lehnen wir ab. Gerade in den Stadtteilen müssen lange Wege vermieden werden, schon aufgrund der demografischen Entwicklung.

Das Mannheimer **Zentrenkonzept** zeigt positive Wirkung, doch brauchen die Gewerbevereine weiterhin Unterstützung, um die Qualität des Angebots in den Stadtteilzentren zu erhalten. Zugleich erwarten wir eine Gleichbehandlung von Innenstadtbezirken und Stadtteilen was die **Unterstützung von Marketingmaßnahmen und von Stadtteilstesten** der Bürger- und Gewerbevereine angeht. Eine städtische Förderung des Nachtwandels im Jungbusch auf der einen und ständig weitere Auflagen und Gebühren für andere Stadtteilsteste stiftet Unmut – zu recht.

7. **Sport, Kultur und Ehrenamt sind Lebensqualität**

Viele unserer Sportanlagen und Bäder sind stark sanierungsbedürftig. Von den Plänen zur Sanierung des **Sportparks Pfeifferswörth** sind wir weiterhin weit entfernt. Gelder sind auch in diesem Haushalt nicht vorgesehen.

Noch immer sind die für den **Sportstättenbau** eingeplanten Mittel niedriger als die Zusagen an die Vereine, d.h. die Vereine erhalten ihre Zuschüsse erst 5 - 10 Jahre nach Sanierung oder Bau und müssen die Zwischenfinanzierung schultern. Wir schaffen hier einen weiteren Schattenhaushalt zu Lasten der Sportvereine. Das ist schäbig gegenüber den Ehrenamtlichen und den vielen privaten Sponsoren der Vereine. Wer Förderung zusagt, steht bei den Vereinen im Wort. Wir Liberale stehen zu unserem Wort und werden hier mehr Geld beantragen.

Wir freuen uns, dass als erster Baustein unseres lange diskutierten **Bäderkonzeptes** jetzt 32 Mio. für den Bau des Kombibads Herzogenried in der Finanzplanung zu finden sind – eine gute Basis für die Zukunft unserer Bäderlandschaft, auch des Herschelbads.

Leider sind für die Sanierung des **Herschelbades** keinerlei Mittel im Haushalt zu finden, gibt es nach wie vor keine Zukunftsvision. Wie lange soll hier noch gewartet werden? Für dieses einzigartige Jugendstilbad muss endlich ein Nutzungskonzept erstellt und die dringendsten Sanierungen angegangen werden – nicht nur an der Fassade. Der Zustand ist ein Armutszeugnis für den Umgang mit unserem historischen Erbe. Wir leisten uns eine eigene Abteilung für Baukultur – und lassen solch ein städtisches Kulturdenkmal verfallen.

Kultur

Die größte Herausforderung der nahen Zukunft steht mit der Generalsanierung des **Nationaltheaters** im Raum, veranschlagt mit 185 Mio. Euro! Diese Zahl hat uns alle zutiefst erschreckt. Ohne Sanierung muss das Haus bis 2023 geschlossen werden aus Brandschutzgründen. Klar ist, unser Theater hat einen besonderen historischen und kulturellen Stellenwert. Klar ist aber auch, die Stadt kann die Generalsanierung alleine nicht stemmen. Es muss dringend ein Finanzierungsmodell gefunden werden unter Einbeziehung des Landes, ggf. des Bundes und weiterer Dritter. Eine Komplettschließung kann niemand wollen, ein Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes ist unmöglich, ein Neubau um ein Vielfaches teurer. Die im Haushalt vorgesehenen Mittel in Höhe von 2 Mio. pro Jahr ab 2020 sind ein Witz und zeigen die Ratlosigkeit der Stadtspitze.

Kunsthalle: Bei aller Dankbarkeit für die großzügige Spende der Familie Hector und weiterer Spender, muss sich erst noch erweisen, ob die Bespielung dieses großen Hauses in der gewünschten Qualität ohne weitere Kosten für die Stadt zu schultern

sein wird. Absehbar werden die unter Bauchweh beschlossenen 2 Millionen pro Jahr Betriebsmittel nicht ausreichen. Unschön, dass die FDP auch hier leider recht behält.

Auch beim **REM** ist zu erwarten, dass der Betriebsmittelzuschuss nicht mehr ausreichen wird, wenn die Stiftungserträge aufgrund anhaltender Niedrigzinsphase weiter sinken.

Die Gesamtförderung der **Freien Szene** wurde in den letzten Jahren auf 2,2 Mio. pro Jahr erhöht, 1,2 Mio. davon für die von der Szene gewünschte institutionelle Förderung. Die Begeisterung ist verflogen, nachdem jetzt realisiert wird, dass die in der Folge wegfallende Projektförderung teils deutlich höher war. Hier muss ggf. bei der nächsten Förderrunde nachjustiert werden. Neue spannende Ergänzung des Kulturangebots ist das als Anschub großzügig geförderte EinTanzHaus.

Eine weitere Erhöhung ist im Haushalt nicht darstellbar, über die Verteilung muss diskutiert werden. Eine regelmäßige Überprüfung der geförderten Institutionen und Projekte muss gewährleistet sein.

8. Sicherheit – Polizei statt KOD und Videoüberwachung

Unser Credo: größere reale Sicherheit durch mehr gut **ausgebildete Polizei auf der Straße** statt städtischer Hilfssheriffs und Videoüberwachung! Polizeipräsenz und bauliche Verbesserungen wie **bessere Beleuchtungen** steigern nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen, sondern steigern auch die objektive Sicherheit. Statt Bilder von Verbrechen zu sammeln, gilt es Verbrechen zu verhindern.

Die Stadt Mannheim übernimmt mit dem **Kommunalen Ordnungsdienst** bereits einen großen Beitrag für mehr Sicherheit, obwohl dies eine Aufgabe des Landes ist.

Mit der Anschaffung neuer Technik für die polizeiliche Videoüberwachung übernimmt die Stadt Ausgaben, die eigentlich von der Polizei und damit dem Land Baden-Württemberg getragen werden müssten.

Wir sind nicht bereit, fortlaufend die Ausdünnung der Polizei als Sparmaßnahme der jeweiligen Landesregierung kommunal mit immer neuen Stellen beim KOD aufzufangen. Sicherheit auf den Straßen für unsere Bürgerinnen und Bürger ist uns wichtig. Das ist jedoch originäre Aufgabe der Polizei, die wir dort gerne verstärkt sehen wollen.

Das Land darf seinen Haushalt nicht auf Kosten der Kommune sanieren. Da erwarte ich von unseren vier Landtagsabgeordneten mehr Engagement für eine **ausreichende Finanzausstattung der Kommunen durch das Land**.

Für die geplante **Ausweitung der Videoüberwachung** in der Stadt sind 800.000 Euro vorgesehen – auch für eine Software, die es noch nicht einmal gibt. Wir beantragen, die 800.000 Euro zu streichen.

9. Sicherheit durch gut ausgestattete Feuerwehr

Die Stadt hat enorm investiert in die Feuerwehr und in Fahrzeuge. Doch was ist Hardware wert, wenn die Software (**Personal** und Betriebskosten) nicht gesichert ist?! Pauschale Sparvorgaben bei der Feuerwehr – 6 Stellen sollen gekürzt werden - trägt die FDP nicht mit, nicht bei der Berufsfeuerwehr und schon gar nicht bei den Freiwilligen Feuerwehren. Fällt das Ehrenamt hier weg, wird es erst richtig teuer für die Stadt, den Schutz der Menschen zu gewährleisten!

Wir haben einen **Brandschutzbedarfsplan** verbindlich beschlossen. Dieser muss Schritt für Schritt umgesetzt werden, auch um endlich ein Konzept für die marode Wache Süd erstellen zu können. Im letzten Haushalt konnten die FDP die ersten 5 Stellen dafür durchsetzen, im aktuellen Haushaltsentwurf sind wieder keine Gelder dafür eingestellt. Die Ausbildung mindestens fünf weiterer Feuerwehrleute ist dringend notwendig, auch aufgrund der Altersverteilung- eine Einsparung von Stellen geht gar nicht.

10. Das städtische Klinikum

dürfte das größte unkalkulierbare Risiko des Konzerns Stadt darstellen. Trotz Restrukturierungsprogramm ist ein positives Jahresergebnis nicht in Sicht und notwendige Investitionen von rund 200 Mio. Euro müssen finanziert werden. Nach Bürgschaften und kurzfristigen Liquiditätshilfen durch die Stadt, waren im aktuellen Haushaltsentwurf ab 2018 jährlich 10 Mio. Euro als Kapitalerhöhung eingestellt. Plötzlich sind jetzt weitere Liquiditätslücken zu schließen, insgesamt 58 Mio. Euro zusätzlich. Es gibt keine vernünftige Alternative zur weiteren Restrukturierung – nicht für die gesundheitliche Daseinsfürsorge der Region, nicht für die 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Es ist absehbar, dass das Klinikum auch die nächsten Jahre Schulden und ggf. Betriebskosten nicht aus eigener Kraft bedienen kann. Dem müssen wir ins Auge sehen. Wir sehen die Lösung noch nicht – schon gar keine einfache.

11. Unsere städtische Holding **SMB**,

einst gegründet als Steuersparmodell, hat mittlerweile kaum noch eine Tochter, die Gewinne erwirtschaftet. Im letzten Haushalt mussten wir eine Kapitalerhöhung von 10 Mio. Euro aus dem städtischen Haushalt finanzieren, in diesem Haushalt sind es weitere 3,3 Mio.

Die Stadt sollte sich besser wo immer möglich aus ihren unternehmerischen Spielfeldern zurückziehen – zum Wohle der Steuerzahler.

Die Stadt ist an vielen Stellen wirtschaftlich tätig, will Unternehmer sein. Das ist nicht Aufgabe der Kommune und oft genug geht das auch ganz gründlich schief. Unsere Aufgabe als Kommune ist die Daseinsfürsorge und eine Infrastruktur, die Leben, Zusammenleben, Arbeiten und Wirtschaften in Mannheim auch in Zukunft gut ermöglicht.

Deshalb sind **unsere Prioritäten** ganz klar:

1. **Solides Wirtschaften** – eine Balance zwischen „investieren in die Zukunft“ und „Schuldenabbau“
2. **Beste Bildung** in Mannheim - von KiTa bis lebenslanges Lernen
3. **Erhalt und Modernisierung der Infrastruktur** – Straßen, Brücken, Stadtparks, Gebäude sanieren
4. **Attraktive Innenstadt sowie lebendige Stadtteile** und Vororte gewährleisten
5. **Sport, Kultur und Ehrenamt** erhöhen die Lebensqualität
6. Reale **Sicherheit** statt nur Sicherheitsgefühl – Polizei und Feuerwehr ausstatten statt mit KOD und Videoüberwachung Landesaufgaben übernehmen.

Daran werden wir uns in den kommenden Beratungen orientieren.

Fazit:

In der vorliegenden Form ist der Haushaltsentwurf für uns nicht tragbar, da er keine Perspektive, keine Gestaltungsspielräume für die Zeit nach dieser Finanzplanung mehr lässt. Ein Abschmelzen der Liquidität auf die gesetzliche Mindestreserve ohne jede Risikovorsorge ist für uns Liberale unverantwortlich.

Gedankt wurde schon viel – zu Recht: den fleißigen Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung dieses Haushaltsentwurfs und die gute Zusammenarbeit auch der letzten Jahre, meinem Kollegen Volker Beisel und unserer Mitarbeiterin sowie unseren Bezirksbeiräten für Rat und Tat und Unterstützung bei der Bearbeitung des Haushaltsentwurfs und unserer Anträge und vor allem allen Bürgern für Ihre Anregungen und last but not least Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!